

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 9 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 20 Mk., im Voraus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 20 Mk. Einzelne Nr. 80 Pf. Sonntags-Nr. 1 Mk. Inseratenpreis 1 Zeile 3.— Mk., Reklamezeile 88 mm breit 3 Mark, die dreispaltige Zeile im amtlichen Zeile 7.— Mk. Hinweile auf Anzeigen und Eingeladte 1 Petit-Zeile 2 Mk. Nachweisungsgebühr 2 Mk. Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4436.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg.

Anzeigenannahmestelle Vorm. 9 Uhr am Ausgabestag Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 10. Geschäftszeit: Vormittag 7—1, Nachm. 2—5 Uhr. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Fiedler; in Callenberg bei Herrn Strumpfweber Fiedler; Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Fiedler; in Penzig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Ernst Fiedlermann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter. Bankkonto: Berekbank zu Golditz Geschäftsstelle Waldenburg Sa. Gemeindegroßkonto Waldenburg 18.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 143.

Donnerstag, den 22. Juni

1922.

Witterungsbericht aufgenommen am 21. Juni, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 766 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 23° C. (Morgens 8 Uhr + 18° C. Tiefste Nachttemperatur + 13° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lamprechts Polymeter 60%. Taupunkt + 15,6°. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm.

Eine Mehrheit für die Getreidenumlage im Reichstag?

Im Reichstag wurde gestern über die Getreidenumlage verhandelt.

Die landwirtschaftlichen Kreise verlangen anstelle der Getreidenumlage eine Kostenumlage.

Das Garantiekomitee will über die Finanzkontrolle, Kapitalflucht und Devisenkontrolle verhandeln.

Für das Volksbegehren in Sachsen erfolgten 820.000 Einzeichnungen.

Im Wagramgebiet herrschte am Sonntag schwerer Schneesturm.

Auf der Konferenz im Haag wurden Ausschüsse für die russischen Angelegenheiten, die Schulden und die Kreditie gewählt.

Poincaré wird Ende Juli nachmals mit Lloyd George zusammenkommen.

Der Kaiser von Annam ist in Frankreich eingetroffen. Das italienische Königspaar hat sich nach Kopenhagen begeben.

Lord Northcliffe ist geisteskrank geworden.

Tschitscherin betont, daß zwischen der Sowjetrepublik und der 3. Internationale kein Zusammenhang besteht. Der Wert der deutschen Güter in Amerika beträgt noch 357 Millionen Dollar.

flecken nicht mehr angenommen werden." Mit anderen Worten: die österreichische Banknote hat auf dem Weltmarkt überhaupt keinen Kurs mehr.

Die deutsche Mark aber hat heute gerade den Wert, den die österreichische Krone vor nur einem Jahre auch noch hatte. Damals war auch die Krone 1,64 Schweizer Rappen gleich, damals erhielt man auch in Oesterreich ein Brot für 12 Währungseinheiten. Wir steuern also genau den gleichen Weg wie Oesterreich. Allerdings, wenn das große Deutsche Reich, das immer noch das Wirtschaftszentrum ganz Mittel- und Osteuropas ist, in dieses Chaos gerät, in dem sich das von der Entente zertrümmerte Oesterreich jetzt befindet, so würde das für die Weltwirtschaft eine ungeheure Gefahr mit sich bringen. Das verfallende Deutschland würde einen Strudel erzeugen, in den auch mancher der „Siegerstaaten“ mit hineingezogen werden würde.

Der einzige Weg, der zur Rettung führen kann, ist von dem wegen der Haltung Frankreichs vorerst erfolglos auseinandergegangenen Anleihekomitee aufgegeben worden. Er heißt: die Durchführung der Reparationsbedingungen auf ein erfüllbares Maß oder, deutlich gesagt: Die Revision des Versailler Vertrages. Werden die jetzigen Verhandlungen im Haag dahin führen?

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichszankler empfing am Montag Mittag den ukrainischen Geschäftsträger in Berlin. In der Unterredung wurden auch die Verhandlungen über die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die ukrainische Sowjetrepublik berührt. Dabei kam zum Ausdruck, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten demnächst schon behoben werden dürften.

Ein längere Aussprache des Berliner Vertreters der Sowjet-Ukraine, Kuchem, mit dem Reichszankler ergab, daß sich aus der Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die Ukraine keinerlei Schwierigkeiten ergeben würden. Damit dürften die schon seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen über die Schaffung eines deutsch-ukrainischen Handelsvertrages in aller nächster Zeit vor dem Abschluß stehen.

Ein Vertreter der „Zeit“ hatte Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem zur Zeit in Berlin weilenden russischen Volksbeauftragten Tschitscherin, der u. a. ausführte: Die Bedenken, die man in Deutschland vielfach noch wegen der russischen Propaganda hat und die besorgen, daß Rußland versuchen werde, den Bolschewismus auch in Deutschland durchzusetzen, seien unbegründet. Wir wollen Realpolitik treiben, wie sie der gegenwärtigen Weltlage angemessen ist. Zwischen der Sowjetregierung und der 3. Internationale besteht keinerlei Zusammenhang. Gegenwärtigen Sie sich, daß die 2. Internationale ihren Sitz in Brüssel hat und einer ihrer Führer, Vandervelde, Mitglied der belgischen Regierung ist. Ebensovienig, wie wir aus dieser Tatsache die Folgerung ableiten werden, daß die belgische Regierung mit der 2. Internationale identisch ist, ebensovienig dürfen Sie annehmen, daß die russische Regierung gleichzusetzen ist mit der 3. Internationale, weil diese ihren Sitz in Moskau hat, und weil zwei Regierungsmitglieder, Lenin und Trotsky, zu ihren Mitgliedern zählen. Ich persönlich habe übrigens keinerlei Beziehungen sei es zur 2. oder sei es zur 3. Internationale. Zum Schluß hat Herr Tschitscherin noch, einer Nachricht des „Temps“ zu widersprechen, bezugsweise er gesagt haben solle, Lenin sei hoffnungslos an Paralyse erkrankt. Er, Tschitscherin, habe ähnliches nie gesagt. Die Nachricht entspreche auch nicht den Tatsachen; vielmehr leide Lenin infolge Schlaflosigkeit und nervöser Überermüdung an schweren Depressionen. Es besteht durchaus die Hoffnung, daß er bei ausreichender Ruhe und Pflege wiederhergestellt werde, wenn sich auch über den Zeitpunkt seiner Wiedergenesung genaues noch nicht sagen

lasse. Durch die Nichtteilnahme Lenins an der Regierung werde übrigens an der allgemeinen Richtung der russischen Politik nichts geändert.

In führenden landwirtschaftlichen Kreisen betrachtet man die Frage der Getreidenumlage nach wie vor durchaus leidenschaftlos. Man besitzt volles Verständnis für die Notwendigkeit der Sicherung des Getreides für die großstädtische Bevölkerung, bedauert aber die Tatsache, daß diese Frage durch Krisengerichte und Reichstagsauflösungsnachrichten parteipolitisch behandelt worden ist. Der Kernpunkt des Problems ist die Feststellung des von der unbemittelten Bevölkerung erschwüngen Preises für das Brotgetreide. Dieses Bestreben wird von der Landwirtschaft als durchaus gerechtfertigt angesehen; aber sie lehnt ebenso scharf den Plan ab, die Verbilligung des Getreides durch eine Sonderbesteuerung der Landwirtschaft aufbringen zu lassen. Die Umlage ist jedoch eine Sonderbesteuerung eines einzelnen Berufes. Nach Aufhebung der Landwirtschaft sollte an die Stelle der Getreidenumlage eine alle Berufe gleichmäßig belastende, insbesondere die bemittelte Bevölkerung treffende Kostenumlage treten. Die Sicherstellung der Getreidemengen für die Reichsgetreidekasse ließe sich leicht erreichen, daß man heute zwar die Umlage als solche beibehält, ihr aber einen Paragrafen mit aufschiebender Kraft hinzufügt, wonach die Umlage nur dann eintreten soll, wenn zu bestimmten Fristen der Reichsgetreidekasse die angeforderten Mengen von der Landwirtschaft nicht geliefert würden.

Am Sonntag ist bekanntlich das Garantiekomitee der Reparationskommission in Berlin eingetroffen. Montag trat das Reichskabinett zusammen, um sich über die Wege zu unterhalten, die bei den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee eingeschlagen werden sollen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Man rechnet damit, daß verhandelt wird über die Frage der Finanzkontrolle, Kapitalflucht und Devisenkontrolle und über die Frage der Statistik.

Dienstag begannen im Reichsfinanzministerium die ersten Besprechungen mit den Eisenbahnorganisationen wegen der Neuregelung der Beamtengehälter.

Die Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen über die Groß-Hamburg-Frage sind nach längerer Pause in Hamburg wieder aufgenommen worden. Ein Ergebnis wurde noch nicht erzielt.

In der Festungshastankalt Niederschönenfeld ist der kommunistische Abgeordnete Sauber zum Protest gegen die Verhängung der Einzelhaft in den Hungerstreik getreten.

Im Steuerauschuß des Reichstags wurde am Dienstag über die Zwangsanleihe verhandelt. Die deutschnationale und die deutsche Volkspartei erklärten sich gegen, die Sozialisten für die Zwangsanleihe.

Der Bund deutscher Reichssteuerbeamten, der 19.000 Mitglieder umfaßt, nahm in seiner Tagung in Heidelberg eine Entschliekung gegen die Steuererpressung der Entente an. In der Entschliekung heißt es: Die deutsche Regierung darf gewiß sein, daß die im Bunde deutscher Reichssteuerbeamten zusammengeschlossene Beamenschaft es eintretendenfalls ablehnen wird, von unserem armen Volke fernerhin Unsummen an Steuern zu erpressen, die nicht dem Wiederaufbau dienen, sondern den Besatzungstruppen ein Wohlleben ermöglichen, das in schroffem und schreiendem Gegensatz zur ärmlichen Lebenshaltung des allergrößten Teiles des deutschen Volkes steht. Die Steuerbeamenschaft wird auch weiter ihre volle Pflicht tun, wenn es gilt, unseren ersten Erfüllungswillen zu zeigen. Zur Erfüllung von Ansprüchen, die über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehen und das deutsche Volk noch mehr ins Elend hineinziehen müssen, wird sich die Steuerbeamenschaft keineswegs entschließen können.

Holland.

Der erste Ausschuß auf der Konferenz im Haag (russische Angelegenheiten), ist wie folgt zusammengesetzt: Oester-